

Foto: Erich Westendarp / pixelio.de



## 160.000 Unterschriften dürfen nicht ignoriert werden **Volksbegehren erfolgreich – aber gescheitert.**

Es ist wie bei dem halben Glas Wasser. Über 160.000 Bürgerinnen und Bürger haben in den letzten vier Monaten das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr unterzeichnet. Dies ist ein großartiges Ergebnis, aber es reicht nicht, um weitere Schritte zu erzwingen. Dafür wären 174.000 notwendig gewesen. Die 20.000 gestrichenen Unterschriften lasse ich hier beseite, denn auch die sind gesammelt worden. Formal können nun Wowereit, Schwarz und Co den Volkswillen ignorieren, aber nicht politisch. Mussten doch Aufsichtsrat und Flughafenchefs die Eröffnung des Flughafens verschieben, um ein erfolgreiches Volksbegehren zu verhindern. Polemik? Nein! Wären über die Naherholungsgebiete in der Sommerzeit die Flugzeuge alle 30 Sekunden hinweggedonnert und damit die Belastung erlebbar, die Unterschriften wären locker zusammengekommen. Aber so herrschte trügerische Ruhe vorm herannahenden Sturm.

Und die Stadt ist nicht automatisch solidarisch mit den Betroffenen im Südosten. Ja so mancher im Norden der Stadt wollte mit seiner Unterschrift nicht gefährden, den Flugverkehr los zu werden. Daraus ergibt sich eine Unterschriftenverteilung zwischen 21,3% der Wahlberechtigten in Treptow-Köpenick und 1,4% in Reinickendorf.

Auch die allgemeine Erkenntnis, dass Lärm krank macht, führt nicht automatisch zum Handeln, sich für ein Nachtflugverbot einzusetzen.

Politisch sollten die 160.000 Unterschriften nicht ignoriert werden weil sie überwiegend durch engagierte Bürgerinnen und Bürger und ihre Initiativen gesammelt wurden. Deren Volkswille zu ignorieren führt zu weiterer Politikverdrossenheit. Die Partei DIE LINKE hat sich nach Kräften bemüht, das Volksbegehren zu unterstützen und tausende Unterschriften zusammengetragen.

Aus Überzeugung, weil der Nachtflug

**Volksbegehren für ein Nachtflugverbot  
gescheitert - wie weiter?**



Politiker vor Ort:

**Ernst Welters**, stadtentwicklungspolitischer  
Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der BVV

**Dr. Sebastian Fasbender**, Friedrichshagener  
Bürgerinitiative (FBI)

**Dr. Herbert Burmeister**, stellv. Vorsitzender  
der Schutzgemeinschaft Umlandgemeinden  
Flughafen Schönefeld e.V.

Sa | 10. Nov. 2012 | 10 Uhr  
Kino Union Friedrichshagen

**DIE LINKE.**

ausschließlich mit wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaften, die mit Fliegen Profite, erwirtschaften begründet wurde. Für uns ist Gesundheit ein höheres Gut und dem fühlen wir uns verpflichtet. Selbst wenn Wowereit damit spielt, 160.000-fachen Volkswillen zu ignorieren, so sollte er erst einmal den Dezember abwarten, wenn das Volksbegehren in Brandenburg endet. Die Berliner Engagierten werden ausschwärmen, die eigene Scharte auszumerzen. Der Bezirk Treptow-Köpenick kann die über 42.000 Unterschriften gar nicht ignorieren und der BVV wird ein Antrag an Abgeordnetenhaus und Senat vorliegen sich erneut mit unserem Volkswillen zu befassen.

■ ■ **Ernst Welters**

*Siehe dazu auch die Stellungnahme  
auf Seite 2*

### IN DIESER AUSGABE

**Seite 3** Wir teilen die Sorgen der  
Bürger vor Ort

**Seite 4** „Ich will lächelnd überzeugen“  
– Neuer Bezirksvorsitzender  
der LINKEN

**Seite 5** Pro Musikschule

**Seite 8** Hauptmann und Hexen

## „Grünau hilft“

Nicht nur die Grünauer Bürgerinnen und Bürger, auch das Bezirksamt kam sich ziemlich überrumpelt vor. Sozusagen über Nacht hatte Senat rund einhundert Asylbewerber in einem ehemaligen Polizeigebäude in der Nähe des S-Bahnhofs untergebracht. Um der verständlichen Verunsicherung entgegen zu wirken und Fremdenfeindlichkeit erst gar nicht aufkommen zu lassen machte der Grünauer Bürgerverein die Hausaufgaben des Senats und lud zu einer Informationsveranstaltung mit dem Ziel „Grünau hilft“ in die evangelische Kirche ein. Der Bedenken gab es viele. Dennoch gelang es nach vorn zu schauen und die Idee eines Runden Tisches entstand. Keine Frage, auch Treptow Köpenick wird und will sich den Aufgaben stellen, das betonte Ines Feierabend, Sozialstadträtin mit Mandat der LINKEN. Aber zu vernünftigen Lösungen, die auch menschenwürdige Bedingungen für die Flüchtlinge sichern, kommt



man nur mit den Stadtbezirken gemeinsam und nicht über deren Köpfe hinweg. Unbedingt erforderlich ist außerdem eine sachdienlichen Information und Öffentlichkeitsarbeit, die fremdenfeindlichen Vorurteilen möglichst von Beginn entgegen wirkt. Die Wenigsten verlassen ohne Grund eine Heimat, wo die Familien leben, deren Sprache sie sprechen, und

deren Kultur sie verbunden sind. Meist ist es die Angst vor Verfolgung, Krieg oder schlicht um den Erhalt der nackten Existenz. Weil Grünauer Bürgerinnen und Bürger das auch so sehen gab es erste Spenden an Kinderkleidung, Spielzeug und man sorgte sich darum, ob denn die Kinder weiter zur Schule gehen.

■ ■ KF/EK

## „Eine Woche hat uns noch gefehlt“

Zum Ausgang des Volksbegehrens Nachtflugverbot (siehe auch Artikel auf Seite 1) erreichte uns nachfolgende Stellungnahme des Sprechers der Bürgerinitiativen. *Das Volksbegehren zum Nachtflugverbot war aus Sicht der Bürgerinitiativen erfolgreich, denn: Rund 162.300 Bürger haben sich für ein Nachtflugverbot am BER in die Unterschriftenlisten eingetragen. Unterschriften kamen aus allen Bezirken der Stadt, insbesondere aus den vom BER zukünftig betroffenen drei Südbezirken Treptow-Köpenick, Steglitz-Zehlendorf und Tempelhof-Schöneberg. Das zeigt: Fluglärm ist nicht das „Problem“ einer Minderheit, sondern der ganzen Stadt. Wären die Befürworter des Nachtflugverbotes vergleichsweise eine Partei hätten sie jetzt die Wahlhürde von 5 % klar übersprungen. Es ist ein großes Ausrufezeichen der Bürgerbewegung gegen Fluglärm und ein klarer Auftrag an die Berliner Politik, Maßnahmen gegen die Fluglärmbelastung einzuleiten.*

*Der hohe Zuspruch für das Volksbegehren wurde trotz Sommerferien und Nicht-*

*eröffnung des Flughafens erreicht. Stolz macht uns die Tatsache, dass das gute Ergebnis allein mit den beschränkten Mitteln von Bürgerinitiativen ehrenamtlich erreicht wurde. Die fehlenden Kommunikationskanäle und Ressourcen glichen die vielen mithelfenden Bürger durch Überzeugungskraft und Engagement aus. Allein am letzten Sammeltag wurden rund 35.000 Unterschriften bis spät in die Nacht geleistet. Nach dem 28. September sind noch einige Tausend Listen eingegangen, die leider nicht gezählt werden konnten. Eine Woche hat uns noch gefehlt und das Volksbegehren hätte locker die notwendigen 173.233 gültigen Unterschriften erreicht. Hinderlich war, dass durch falsche Auskünfte aus dem Senat den Organisatoren erst verspätet die Erlaubnis zum Druck von eigenen Sammellisten erlaubt wurde. Unverständlich ist auch die Mittelung der Landesabstimmungsleiterin vom 1. Oktober, dass sie vor der Auszählung der Unterschriften bereits ein Scheitern des Volksbegehrens bekannt gegeben hat. Die prompte Reaktion des Bezirksstadtrates Kühne aus Pankow „es ist unsinnig etwas zu zählen, was nichts bringt“ lässt eine Ahnung zu, wie es zu fast 15 % ungültigen Stimmen kommen konnte. Dass den Trä-*

*gern des Volksbegehrens laut Landesabstimmungsgesetz eine Nachprüfung der Stimmzählung verwehrt wird, ist ein Demokratiemangel. Das gute Ergebnis des Volksbegehrens in Berlin wird dem Volksbegehren in Brandenburg weiteren Auftrieb geben. Die enge Zusammenarbeit von Berlinern und Brandenburgern macht deutlich, dass die Bürgerbewegung gegen Fluglärm immer stärker wird und eine breite Basis hat.*

*Klaus Niemann*

### IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick  
 Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der  
 BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick  
 Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Bernhard Brügger,  
 Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.  
 Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,  
 blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
 Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht  
 unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
 Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen  
 von Artikeln und Leserbriefen vor.  
 Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos  
 usw. werden sorgfältig behandelt!  
 Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
 Druck: Druckerei Bunter Hund,  
 Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin  
 Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Oktober 2012  
 Redaktionsschluss für „blättchen 187“: 27.11.2012  
 Ausgabebetrag „blättchen“ 187: Do 6. 12. 2012  
 Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

# „Wir teilen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort“

Fraktion traf sich mit der Bürgerinitiative

Foto: Bernhard Brügger



*Widerstand gegen Betonburgen am Spreeufer: Hier sollen zwei Hochhäuser mit 200 Eigentumswohnungen und ein Hotelneubau mit 200 Zimmern die letzten freien Flächen besetzen.*

An der Fanny-Zobel-Straße in Alt-Treptow plant der Investor Agromex eine neue Bebauung direkt an der Spree. Eine Bürger- und Mieterinitiative wehrt sich gemeinsam mit der Kampagne Mediaspree-Versenken gegen das geplante Vorhaben. Nun traf sich die Fraktion DIE LINKE mit den Bürgerinnen und Bürgern, um Positionen auszutauschen und gemeinsames Handeln auszuloten.

Spätestens seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid gegen Mediaspree 2008 sind die geplanten Bebauungen entlang der Spree, zwischen Elsen- und Jannowitzbrücke, in die breite Aufmerksamkeit gerückt. Aktuell wird eine geplante Be-

bauung mit drei Hochhäusern auf der Südseite der Spree kontrovers diskutiert. Hatte der ursprüngliche Eigentümer des Geländes zwischen Allianzgebäuden und den sogenannten Twin-Towers noch einen Blockbau mit Carlofts vorgesehen, so ist der aktuelle Investor von diesen Plänen inzwischen abgerückt. Geplant sind nun drei einzelne Hochhäuser mit Hotel, Tiefgarage und Einkaufszentrum.

Auch die neuen Pläne stoßen bei den Anwohnerinnen und Anwohnern auf wenig Gegenliebe. Nicht nur der Schattenwurf, die dichte Bebauung und die Größe der ca. 110 Meter hohen Gebäude sind Anlass zur Kritik, auch das geplante Ho-

tel und die befürchteten Mietpreiserhöhungen für Anwohner aufgrund einer Wohnumfeldverbesserung tragen zur Sorge bei. Die Gefährdung der sozialen Mischung des Kiezes durch hochpreisige Luxuswohnungen und ein weiteres Einkaufszentrum sind ebenfalls Grund für die Ablehnung, obwohl die aktuelle Planung mehr Raum offen lässt und einen Zugang zur Spree bietet. Anwohnerinnen und Anwohner erheben daher Forderungen nach einem selbstverwalteten Bürgerpark anstelle einer Bebauung.

„Wir teilen durchaus die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort“, erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE, im Gespräch mit den zahlreichen Initiativen. Eingeladen hatten die Initiativen Karla Pappel, Mediaspree-Versenken und die Mieterinitiative Fanny-Zobel-Straße in den Stadteilladen Loesje in Alt-Treptow. „Wir haben in der BVV deshalb den Antrag gestellt, eine Erhaltungssatzung für Alt-Treptow zu verabschieden, die den Erhalt der sozialen Zusammensetzung garantiert“, so Wohlfeil weiter. Der stadtpolitische Sprecher der Fraktion, Ernst Welters, erklärt am Rande der Sitzung die Zwickmühle, in der man sich befindet. Würde der aktuellen Bebauungsentwurf abgelehnt, könnte der bereits genehmigte alte Plan mit einer Riegelbebauung in Kraft treten, was einer starken Verschlechterung gleich käme, konstatiert Welters. „Wir werden uns in den kommenden Monaten Zeit nehmen, eine Position zu dem Problem zu erarbeiten und dabei stets in enger Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern bleiben“, verspricht Wohlfeil abschließend.

■ ■ Joseph Rohmann

## Für Loblied auf die Waffen-SS verurteilt

NPD-Voigt muss 1000 Euro Bußgeld bezahlen.

Der Ex-Vorsitzende und derzeitige stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, wurde am 11. Oktober vom Berliner Landgericht wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von zehn Monaten und einem Bußgeld von 1000 Euro verurteilt. Voigt hatte als damaliger Fraktionsvorsitzender der NPD im März 2010 vor der BVV in einer Debatte zum 65. Jahrestag des Tages der

Befreiung in geschichtsrevisionistischer Manier die Waffen-SS verherrlicht, was das Gericht auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Gutachtens als wohlkalkulierte und gezielte Provokation ansah. In seinem Schlusswort hatte Voigt bar jeder Reue und ohne jedwede Einsicht Freispruch verlangt und den Anzeigester Hans Erxleben als „antifaschistischen Denunzianten“ beleidigt, nachdem

er ihn schon vor und während des Prozesses und auf öffentlichen Veranstaltungen der NPD mit Verbalinjurien beschimpft und diskriminiert hatte, während er sich selbst als „wahren Patrioten“ darstellte.

Zum ersten Mal ist damit ein Bezirksverordneter für ein Delikt innerhalb der BVV verurteilt worden. Dass es zu dieser Verurteilung kam, ist sehr zu begrüßen und macht einmal mehr die verfassungsfeindliche Position der rechtsextremen NPD exemplarisch deutlich, auch wenn das Urteil noch nicht rechtskräftig ist und die Verteidiger Voigts Rechtsmittel einlegen wollen und Revision ankündigten.

■ ■ Tino Radek



## Vorgestellt: Carsten Schatz, Bezirkschef der LINKEN „Ich will lächelnd überzeugen“

Seit 22. September 2012 ist Carsten Schatz neuer Bezirksvorsitzender der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick. Im Gespräch mit der blättchen-Redaktion ging Schatz auch auf die politischen Aufgaben im Bezirk ein.

Vorweg die biografischen Daten im Telegrammstil: Geboren 1970 in Altenburg, zog seine Familie mit ihm 1971 nach Berlin. Über Prenzlauer Berg und Schöneberg ist er 2011 in Friedrichshagen angekommen und lebt in einer schwulen Partnerschaft. 1988 hat er Abitur gemacht, danach studiert. 1995 bis 1998 arbeitete er für die Bundestagsgruppe der PDS als Berater, von 1998 bis 2001 als Wahlkreismitarbeiter der Bundestagsabgeordneten Petra Pau. Von 2001 bis Juni 2012 war Schatz Geschäftsführer, anfangs der berliner PDS, seit 2007 der LINKEN Berlin. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Berliner Bundestagsabgeordneten Stefan Liebich.

*blättchen:* Carsten, was sind Deine politischen Schwerpunkte?

**Carsten Schatz:** Unsere wesentliche Aufgabe für das kommende Jahr ist ein Erfolg bei den Bundestagswahlen. Das heißt für unseren Bezirk die Verteidigung des Direktmandates von Gregor Gysi und natürlich ein gutes Zweitstimmenergebnis für DIE LINKE. Dafür haben wir noch viel zu tun. Politisch und organisatorisch, wobei ich das nicht so gern trenne, wenn wir eine schlagkräftige Organisation haben, ist das Voraussetzung für politische Wirksamkeit. Wahrscheinlich deshalb erinnerte Wilhelm Liebknecht kurz vor seinem Tod seine Genossen in einem Brief: „Kräftigt



mir die Organisation!“ Genossen deshalb, und ich will das in Erinnerung rufen, weil bis 1908 Frauen nicht Mitglied von Vereinen werden durften, zumindest in Preußen, welches ja bekanntlich im Deutschen Reich den Ton angab.

Wie wollen wir das erreichen? Beschlossen haben wir eine stärkere Verzahnung zwischen Basisorganisationen und dem Bezirksvorstand. Wir brauchen eine klarere und intensivere Kommunikation zwischen Basis und Vorständen. Gemeinsam wollen wir unsere Aktivitäten planen und durchführen, dabei auf das Wissen der Genossinnen und Genossen vor Ort zurückgreifen und die in sie Arbeit aktiv einbeziehen. Nur gemeinsam werden wir erfolgreich sein.

*Und jenseits der Wahlkämpfe?*

Auch jenseits der Wahlkämpfe wird es darauf ankommen unsere Präsenz vor Ort zu stärken und uns stärker als Ansprechpartnerin für aktive Bürgerinnen und Bürger aufzustellen. Gerade in Berlins größtem Bezirk ist es wichtig, in allen Ortsteilen präsent und ansprechbar zu sein. Daran wollen wir auch über den Wahltag hinaus arbeiten. Ich nenne das gesellschaftliche Verankerung. Die müssen wir vertiefen, wenn wir politisch wirksam sein und bleiben wollen – nicht nur an den Wahlurnen, sondern auch darüber hinaus. Es hat sich doch gezeigt, dass dort, wo wir aktiv und sichtbar waren, wir auch als Ansprechpartnerin geschätzt sind. Stichworte: Friedrichshagen und Fluglärm.

Thematisch werden wir uns, ich denke auch über den Wahltag im September 2013 hinaus, auf Wohnen-Mieten, Arbeit und Rückgewinnung öffentlichen Eigentums stützen. All das natürlich vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen um die Bewältigung der Finanzkrise.

Und da es ja um meine Sicht geht: Ich bin ein Fan Werte-geleiteter Politik. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die, denen ich mich verbunden fühle. Eine Gesellschaft, in der Menschen größtmöglichen Raum für ihre eigene Entfaltung haben, in der gesellschaftlicher Reichtum gerecht verteilt ist und alle die gleichen Chancen haben und Unterschiede solidarisch tragen und austragen ist meine Vision. Und das dafür Frieden eine unabdingbare Voraussetzung ist, ist klar.

Und ja, ich lache gern und überzeuge gern lächelnd. Denn ohne Spaß am Leben gehts bei mir nicht.

*Vielen Dank für das Gespräch*

## Es wechseln die Zeiten – Erinnerungen von Gisela May

Foto: Bernhard Brügger



*Die Bohnsdorfer Kulturküche war bis auf den letzten Platz gefüllt: Das Gastspiel von Gisela May zog alte und junge Fans der Schauspielerin und Diseuse gleichermaßen magisch an. Denn die Ausstrahlungskraft der Künstlerin ist ungebrochen. Die Grande Dame des deutschen Films und Chansons ist immerhin schon 88 Jahre alt – wer's nicht weiß, würde es auch nicht vermuten. Locker und entspannt berichtet Gisela May aus ihrem bewegten Leben – festgehalten in ihrer 2002 veröffentlichten Autobiografie „Es wechseln die Zeiten – Erinnerungen“. Dass ihr Herz politisch links schlägt, betont sie auch während des Auftritts in der Kulturküche. Das bezieht sich übrigens ebenso auf ihr Elternhaus: „Meine Mutter war in der KPD und mein Vater in der SPD“, erzählt Gisela May dem Publikum.*

*Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Werke von Bertold Brecht und Hanns Eisler. Zwischen ihren Erzählungen aus dem Leben gab es auch immer wieder musikalische Memoiren der Künstlerin – unter großem Beifall des Publikums.*

## Bürgerinitiative lässt sich nicht mundtot machen Pro Musikschule, Runder Tisch, altes Haus

Die beiden ehemaligen Musikschüler Gunter Lorenz und Markus Zell kannten sich bis zum März 2012 nicht. Seit sieben Monaten streiten sie nun an der Spitze einer Bürgerinitiative für den Erhalt der Musikschule in der Friedrichshagener Straße 8P in Köpenick. Die Tür des traditionsreichen Hauses soll ab Jahresende zu bleiben. Das hatte das Bezirksamt im Februar beschlossen. Die betroffenen Schüler und Lehrer wurden darüber offiziell nicht informiert. Lorenz und Zell erfuhr es durch Zufall und organisierten Protest.

Drei Generationen der Familie musizierten seit 1957 in dem Köpenicker Haus, erzählt Gunter Lorenz, der im Fach Klavier ausgebildet wurde. Sein Vater lernte dort bereits und auch seine drei Kinder besuchten die Musikschule. Ähnlich bei Markus Zell, der an einer anderen Musikschule das Fach Klavier belegte und die Freude am Musizieren auf seine vier Kin-



Foto: Bernhard Brügger

*Kathleen Harner und Benjamin Ott, ehemalige Förderschüler, spielen in der Christuskirche Mozarts Türkischen Marsch*

Foto: Claudia Zell



*Markus Zell (links) und Gunter Lorenz wollen nicht, dass diese Tür für immer verschlossen wird*

der übertrug, zwei werden heute noch in Köpenick unterrichtet. Der 16-jährige Sohn Jacob vertrat 2011 die Musikschule sogar beim Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ im Fach Klavier.

Das Konzept des Bezirksamtes wird von der Leitung der Musikschule unterstützt. Es sah bisher vor, den Standort in der Hans-Schmidt-Straße in Adlershof auszubauen, den Standort Friedrichshagener Straße zu schließen und ersatzweise bestehende Räume in Schulen mit zu nutzen. Das soll Einsparungen durch „Nutzungsverdichtung“ vorhandener Räume und den Verkauf des Gebäudes in Köpenick bringen. Man erhofft außerdem, mehr Kinder für die Musikschule zu gewinnen. Es hat sich jedoch he-

rausgestellt, dass auch noch nach anderen Räumen gesucht werden muss. Fest steht jetzt schon, dass es zum 1. Januar keine bezugsfertigen Musikschulräume an dezentralen Standorten geben wird.

„Wo aber bleiben dann die 850 Musikschüler mit ihren etwa 50 Lehrern des Köpenicker Standortes? Wird der Bezirk die erforderlichen Umbau- und Sanierungskosten, einschließlich Schall- und Lärmschutz, an neuen dezentralen Standorten aufbringen können und werden überhaupt Einsparungen erzielt?“, fragen die Vertreter der Bürgerinitiative.

Von Seiten des Bezirksamtes und der Musikschulleitung wird der Initiative ein Agieren gegen die Musikschule vorgeworfen. Beim Musikschulfest am 17. Juni, für das ein Infostand vor dem Festplatz polizeilich genehmigt war, wurde Lorenz zur unerwünschten Person erklärt und von privaten Sicherheitskräften vom Festgelände ferngehalten. Informationszettel an die Eltern dürfen nicht verteilt, selbst Plakate für eine Konzertreihe derzeitiger und ehemaliger Schüler und Lehrer für eine Zukunft der Musikschule Treptow-Köpenick dürfen in den Musikschulgebäuden nicht aufgehängt werden.

Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir üben unser demokratisches Recht aus, sagen beide, die seit Monaten versuchen, bei den offiziellen Bürgeranfragen die Bezirksverordneten auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Auf einer Elternversammlung im Köpenicker Ratssaal wurde von mehr als 100 Eltern die frisch gewählte Elternvertretung legitimiert,



sich weiter für den Erhalt der Zweigstelle einzusetzen. Ende Juni war es Stadtrat Hölmer, der sich auf Drängen der Bürgerinitiative für Treffen an einem Runden Tisch stark machte. Diese sollen zur Erarbeitung einer tragfähigen Konzeption für die Zukunft der Musikschule führen. Dem Gremium gehören Vertreter des Bezirksamtes, der Lehrer, des Fördervereins, der Eltern sowie der Bürgerinitiative an.

„Wir sind grundsätzlich dafür, auch an Schulen für einen Musikschulunterricht zu begeistern“, versichert Lorenz. Eine wirklich fundierte Ausbildung bedarf in jedem Flächenbezirk jedoch mehrerer zentraler Standorte. Deshalb ringen angesichts der finanziellen Situation des Bezirkes alle Beteiligten darum, die bestmögliche Lösung zu finden. Insbesondere Gunter Lorenz ist auch auf Landesebene engagiert und mit Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und des Musikschulbeirates im Gespräch, um auf die prekäre Situation auch anderer Berliner Bezirke aufmerksam zu machen.

Die Zeit drängt. Das bisherige Konzept ist aus Sicht der Bürgerinitiative nicht umsetzbar. 850 Schüler kann man nicht einfach in andere Ortsteile schicken. Viele belegen unterschiedliche Fächer, sie können den Honorarlehrern nicht einfach hinterher ziehen. Wenn das Haus in Köpenick schließt und die Lehrer ihre Schüler verlieren, sind viele Honorarkräfte in ihrer Existenz bedroht. Lorenz und Zell rechnen damit, dass bis zu 30 Prozent der Eltern ihre Verträge mit der Musikschule kündigen werden. Eine Gefahr für die Zukunft der Musikschule Joseph Schmidt insgesamt. Die Bezirksverordneten müssen sich deshalb im November mit einem Einwohner-Antrag pro Musikschule in Köpenick beschäftigen, der über 4000 Unterschriften trägt. In Vorbereitung dazu hat die Linksfraktion in der BVV Lorenz und Zell zu ihrer thematischen Sitzung eingeladen.

■ ■ **Helga Pett**

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Meldung, dass Ende Oktober das Bezirksamt einen neuen Vorschlag unterbreitet hat. Der beinhaltet, dass das Gebäude in der Friedrichshagener Straße aufgegeben werden und der Standort Adlershof verkleinert werden soll. Der eigentliche Hauptsitz soll im ehemaligen Schulgebäude in der Freiheit 15 in Köpenick entstehen. Darüber hinaus sind weitere Filialen vorgesehen.

## Sonntagsmatinee

am 9.12. um 11 Uhr: **Gregor Gysi** im Gespräch mit **Herbert Köfer** im Stadttheater Cöpenick, Friedrichshagener Straße 9, 12555 Berlin.  
*Kartenverkauf unter 650 162 34*

## Informationsfahrt

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können am Mittwoch, 12. Dezember 2012, auf Einladung von Gregor Gysi an einer Tagestour durch den Berliner Politikbetrieb teilnehmen. Unter anderem steht die Besichtigung des Plenarsaals, der Besuch des Bundesministeriums des Innern sowie eine Diskussion mit Gregor Gysi auf dem Programm.

*Anmeldungen bitte bei André Schubert unter (030)63 22 43 57.*

## Öffentliche Sprechstunden

Die nächste Sprechstunde von Gregor Gysi findet am Dienstag, 4. Dezember in der Zeit von 13 – 18 Uhr im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter (030) 63 22 43 57.

.....  
**Mi 14.11. 18–19 Uhr**, Altglienicke, FBZ Besenbinderstraße, Sprechstunde mit **Uwe Doering**, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus  
.....

**Mi 28.11. 17–18 Uhr** KIEZKLUB, Alte Schule Adlerhof, Sprechstunde mit

• **Uwe Doering**,  
*Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und*

• **Dr. Hans Erxleben**,  
*Mitglied der Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick*  
.....

• **Mi 21.11. 15–17 Uhr** Dienstgebäude Hans-Schmidt-Straße 18, Raum 213  
**Ines Feierabend**,

*stellvertretende Bürgermeisterin und Bezirksstadträtin für Arbeit, Soziales und Gesundheit.* Anmeldung erbeten unter (030) 90297-6100  
.....

• **Mi 21.11. 16–18 Uhr** Dienstgebäude Freiheit 15, Raum 207.

**Gernot Klemm**,  
*Bezirksstadtrat für Jugend.* Anmeldung erbeten unter (030) 90297-3261

## Gysi meint...



## Wahlkampf auf Kosten der Rentnerinnen und Rentner

Union und FDP wollen die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung im kommenden Jahr von 19,6 auf 18,9 Prozent senken. Mehr Netto vom Brutto – so will es vor allem die FDP. Wer aber die Überschüsse in den Rentenkassen beseitigt, verzichtet auf die Sicherung des Lebensstandards der Rentnerinnen und Rentner und erst recht auf die Bekämpfung der auch von der Bundesregierung eingestandenen Zunahme von Altersarmut.

Dabei ließen sich die Rentenüberschüsse von rund 8 Mrd. Euro unter anderem dazu verwenden, endlich mit dem Einstieg der Rentenangleichung Ost an das Westniveau zu beginnen, die 22 Jahre nach der deutschen Einheit immer noch aussteht und die von der Bundesregierung unter Bruch ihres eigenen Koalitionsvertrags für immer aufgegeben wurde. Wer bei voller Erwerbsminderung frühzeitiger Rente bezieht, erhält im Schnitt nur 634 Euro im Monat und muss vor dem gesetzlich festgelegten Rentenalter für Erwerbsgeminderte von 63 Jahren Abschläge bis zu 10,8 Prozent hinnehmen. Das trifft für fast alle Erwerbsgeminderten zu. Ein Verzicht auf diese Abschläge würde die Rentenkassen bis zum Jahr 2030 mit 4,6 Mrd. Euro belasten, aber dazu führen, dass die Erwerbsminderungsrenten im Schnitt auf 710 Euro stiege. Das wäre zwar immer noch nicht ausreichend, aber mehr als das heutige Grundsicherungsniveau für Erwerbsgeminderte von 642 Euro. Schließlich könnten die Überschüsse auch dazu verwendet werden, den geplanten Rentenkürzungen von heute 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Lohns im Jahr 2030 entgegenzuwirken. Neben der Bezahlung menschenwürdiger Löhne wäre das auch ein Beitrag gegen die wachsende Altersarmut. Die Bundesregierung hätte also viele gute Gründe, auf die Beitragssenkungen zu verzichten und einem diesbezüglichen Antrag der Linken zu folgen.

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

**Mo 05.11. | 15:30 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik des BV im Raum 205 des Rathauses Treptow Neue Krugallee 4, Aktuelle Probleme in Auswertung des Landesparteitages der LINKEN Berlin. Gäste wie immer willkommen

Basistreffen

**Mo 05.11. | 17 Uhr** mit Bernd Riexinger, Vorsitzender der LINKEN, TGS Technologie- und Gründerzentrum Spreeknäe, Ostendstraße 25 in Oberschöneweide (gegenüber ehem. WF bzw. Samsung)

Beratung des Bezirksvorstandes

**Di 6.11. | 18:30 Uhr** Allendeweg

## KONTAKT

Bezirksverband

**Geschäftsstelle Köpenick**

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: [bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de)

**Öffnungszeiten:**

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

**Kassenzeiten:**

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

**Geschäftsstelle Treptow**

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

**Letzter Kassentag 2012**

Der letzte Kassentag sowohl in der Brückenstraße als auch im Allendeweg ist in diesem Jahr der 13. Dezember.

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

[mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de](mailto:mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de)

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

[gregor.gysi@wk.bundestag.de](mailto:gregor.gysi@wk.bundestag.de)

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im November

97. Elfriede Gerold

93. Gerhard Kirmse

90. Elfriede Kassner

85. Elisabeth Hübner,

Erika Ziegler, Eva Wokeck,

Roland Hetzer, Hermann Sachse

80. Anita Roloff,

Ingeborg Starke,

Friedrich Creutzburg,

Andreas Jung,

Fritz Käseberg,

Hans-Werner Schaack

75. Inge Zube

## Parteitagsplitter

Riesigen Beifall bekam der Parteivorsitzende Bernd Riexinger von den Anwesenden des Landesparteitags, als er begründete, dass es ihm eine Herzensangelegenheit sei an den Protestdemonstrationen gegen Merkeldiktate in Griechenland teilzunehmen. Riexinger betonte, dass die Springerblatt-Denunziation „Vaterlandsloser Geselle“ für ihn als internationalen Sozialisten einem Adelsprädikat gleichkomme.

\*\*\*\*\*

Mit stehenden Ovationen begrüßte der Landesparteitag die Besetzerinnen der Stillen Straße in Pankow, die erfolgreich ihr Domizil verteidigt haben. Bei dem Dank an DIE LINKE für vielfältige Unterstützung wurde betont, dass sie eigentlich eine unübliche Klientel für Hausbesetzungen seien. Was aber nicht nur ein deutliches politisches Signal sei, sondern auch für die Söhne und Enkel Ordnungshüter emotional eine Räumung erschwere.

\*\*\*\*\*

Nahezu einstimmig beschloss der Landesparteitag eine Resolution gegen Personalkürzungen in den Bezirken. Besonders gebeutelt werden durch diese rot-schwarze Landespolitik (blättchen berichtete) die Bezirke Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Hier haben



Bereits zum dritten Mal gibt der Kunstverein Treptow e.V. einen Kalender mit Motiven aus Treptow-Köpenick und Berlin heraus. Die „Sichten“ für 2013 –

Zählgemeinschaften aus SPD-CDU-GRÜNE das Sagen und teilweise Bürgermeisterinnen der LINKEN abgelöst. Besonders in Treptow-Köpenick wird deutlich, dass der Zählgemeinschaftsbürgermeister Igel sich zwar gegen die Kürzungen wehrt, aber keine Unterstützung aus den Reihen der SPD-Regierenden findet. Die sechs direkt gewählten SPD Abgeordneten hüllen sich ebenso wie ihre Vasallen von der CDU in Schweigen, damit nützen sie ihrem Bezirk ungeheuer. Sie tragen damit direkt Verantwortung für fehlende Bearbeitung im Bürger- und Ordnungsamt, fehlende Sprechzeiten bei der Gewerbeaufsicht, partielles Dichtmachen des Kinderschutzes und der Kitakostenstelle, um nur Einiges aus dem Katalog der beabsichtigten Notmassnahmen zu nennen. *Ernst Welters*

## Einladung zur Vertreter/innenversammlung

Tagesordnung:

- Wahl eines/einer Direktkandidaten/ Direktkandidatin zur Bundestagswahl
- Nachwahl eines Mitglieds für den Landesausschuss
- Wahlstrategie 2013

**24. November, 16 Uhr**  
**Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4**

Pastelle, Aquarelle, Siebdrucke und Zeichnungen – stammen von Hildur-Mathias Bernitz, Reinhold Erben, Manfred Hahn, Udo Heinzl, Klaus König, Hans-Dieter Krause, Änne Laube, Helmut Laun, Werner Laube, Kurt Rietschel, Reiner Slotta und Ingrid Walter-Kruppe. Der Kalender kostet 9,00 Euro und kann bei Werner Laube unter Telefon-Nr.: 030-63 19 369 bzw. unter der email: [werner.laube@gmx.de](mailto:werner.laube@gmx.de) unter Angabe einer Rückrufnummer bestellt werden.



## Hauptmann und Hexen

Reise-Journalisten aus Berlin und Brandenburg trafen sich auf Einladung des Clubs der Tourismus-Journalisten CTOUR und des Harzer Fremdenverkehrsverbandes in der „Freiheit fünfzehn“ in Köpenick. Hier wurden sie gemeinsam von der HauptmannGarde Köpenick und den Harzer Hexen empfangen. Neben Infor-

mationen über die attraktive Tourismusregion Harz präsentierte auch die Union Sozialer Einrichtungen, Betreiberin der „Freiheit fünfzehn“ und des Café Sibylle sowie des Modellparks Berlin-Brandenburg und des „Haus Natur und Umwelt“ in der Wuhlheide ihre Arbeit den Journalisten.

## Kaniswall lädt ein

### Tag der offenen Tür im Freilandlabor

Traditionell findet auch in diesem Jahr am Sonnabend vor dem 1. Advent im Freilandlabor Kaniswall der Tag der offenen Tür statt. Ob alt, ob jung – jeder ist willkommen. Ab 11 Uhr wird am 1. Dezember stündlich eine Führung durch das wieder eröffnete Freilandlabor durchgeführt. Fragen werden gern beantwortet.

An mehreren Stationen können wieder kleine Geschenke zum Fest angefertigt werden. Gipsfiguren können bemalt, kleine Elche und Gestecke mit Kerze auf vorbereiteten Baumscheiben gebastelt werden. Natürlich fehlt das Plätzchenbacken nicht. Wer Geduld und Geschick hat, der kann kleine Schatzkästchen falten.

Nach getaner Arbeit gibt es Kaffee oder weihnachtlichen Tee und von Mitarbeitern des Freilandlabors selbst gebackenen Kuchen. Auch die beliebten größeren Elche können (so lange der Vorrat reicht) gegen einen Obolus erworben werden. Die Mitarbeiter des Freilandlabors Kaniswall freuen sich schon auf die Besucher.

■ ■ Dr. Peter Vollmann

## TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

**SA 03.11. 10:30 Uhr** Polit. Frühschoppen mit Dr. Hans Erleben: Rechtsextremismus in Treptow-Köpenick – notwendige Konsequenzen. „Zum Hauptmann von Köpenick“ Oberspreestraße 148, Spindlersfeld

**SO 04.11 19 Uhr** Brückenstraße 28. Of-

ener Sonntagstreff der LINKEN Oberschönevide zum Thema: Präsidentenwahl in den USA.

**MI 14.11 18 Uhr** Nach der Präsidentenwahl in den USA – Victor Grossman analysiert das Ergebnis, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kiefholzstraße 275

**MO 19.11 19 Uhr** Russland – gestern und heute. Veranstaltung mit Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, Dorfklub Müggelheim

**MI 28.11 18 Uhr** „Keine halben Sachen“ – Peter Sodann liest aus seinen Erinnerungen, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO, Kiefholzstraße 275

**DO 29.11 18 Uhr** Sozial, gerecht geht nur mit der LINKEN! Linke Opposition im Abgeordnetenhaus – Politik für Adlershof? Mit Udo Wolf, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im AHB zu Gast in Adlershof, Kulturzentrum Alte Schule Bürgersaal

### Gedenken an die Pogromnacht 1938

**Fr. 9. November, 17 Uhr**

Kundgebung am Mahnmal Levetzowstraße, anschließend Demonstration zum Mahnmal Putlitzbrücke.

**So 11. November, 11 Uhr**

Rathaus Treptow, Neue Krugallee 4  
Matinee des BdA Treptow

Es spricht

Bezirksbürgermeister Oliver Igel, es musiziert das Kinder- und Jugendensemble SADAKO

**SA 01.12. 10:30 Uhr** Frühschoppen zum Jahresabschluss in Spindlersfeld mit Günter Herlt: „Flach, flacher, Flachbildschirm“. „Zum Hauptmann von Köpenick“ Oberspreestraße 148

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: [petra.reichardt@die-linke-berlin.de](mailto:petra.reichardt@die-linke-berlin.de)

### Volksbegehren für ein Nachtflugverbot gescheitert – wie weiter?

Politiker vor Ort

**Ernst Welters,**

stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der BVV

**Dr. Sebastian Fasbender,**

Friedrichshagener Bürgerinitiative (FBI)

**Dr. Herbert Burmeister,**

stellv. Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Umlandgemeinden Flughafen Schönefeld e.V.

**Sa 10. November, 10 Uhr Kino Union, Bölschestraße Friedrichshagen**